

BDV-Vorsitzender Friedrich Bohl übergibt Staffelstab an Dr. Helge Lach

– 'k-mi'-Interview mit den Vorständen des **BDV Bundesverband Deutscher Vermögensberater**
Friedrich Bohl und Dr. Helge Lach (Teil 3) –

Friedrich Bohl, langjähriger Kanzleramtsminister in der Regierung unter Dr. **Helmut Kohl**, hat den Vorsitz des **Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)** an **Dr. Helge Lach** abgegeben. In Teil 3 der 'k-mi'-Interviewreihe komplettiert Dr. Lach seinen Blick auf die politischen Großprojekte, mit denen die Branche sich konfrontiert sieht:

Der Staatsfonds soll kommen. In der privaten Altersvorsorge soll es Opt-Out-Möglichkeiten geben. – Wie stehen Sie dazu?

Dr. Helge Lach: "Das Opt-Out ist ein Feigenblatt. Staatsfonds haben keine Kosten für die Beratung. Diese und die Abwicklung übernimmt 'umsonst' der Arbeitgeber, der die Beiträge vom Brutto abzieht und Fragen seiner Mitarbeiter beantworten muss. Der Kunde hat kein Mitspracherecht, auch nicht über die Höhe der Beiträge. Wir werden sehen, wie gerade Menschen mit niedrigeren Einkommen darauf reagieren werden, wenn sie das erste Mal das gekürzte Nettogehalt sehen. Außerdem kann ein Staatsfonds weitgehend unreguliert und ohne Eigenkapital arbeiten. Dadurch entstehen Kostenvorteile, die private Anbieter nicht haben. Von einem **Level-Playing-Field** kann nicht die Rede sein. Wir sehen also auch mit dem Feigenblatt Opt-Out eine klare Verschiebung weg von privatwirtschaftlichen Lösungen und Eigenverantwortung der Bürger hin zu noch mehr Staat und Zwang und noch mehr 'Gießkannenprinzip'."



Symbol des Führungswechsels: **Friedrich Bohl** reicht den Staffelstab weiter an **Dr. Helge Lach**

Immer mehr Deutsche investieren in Aktien. Das will nun auch der Staat, wenn es um die Rente geht. So abwegig klingt das nicht.

Dr. Helge Lach: "Mit den Staatsfonds und Aktienanlagen will die Politik die gesetzliche Rente diversifizieren. Das ist richtig. Denn das Umlageverfahren wird mit Blick auf die geburtenstarken Jahrgänge immer mehr Probleme haben. Wir sehen in der politischen Agenda aber einen großen Widerspruch: Der Privatwirtschaft wird es verwehrt, ihren Kunden im Rahmen des Riester-Sparens durch Absenkung der Bruttobeitragsgarantie Anlagen in Aktien zu ermöglichen. Das Argument: Staatliche Förderung gibt es nur mit 100%-Garantie. Auf der anderen Seite macht die Politik mit den Staatsfonds dann aber genau das, was für das Riester-Sparen nicht gelten darf. Aus unserer Sicht ist das nur mit einem tiefen Misstrauen gegenüber der privaten Finanzwirtschaft zu erklären, deren Zukunft man nur noch ganz am Rande in der Altersvorsorge sieht. Wir werden uns als BDV sehr dafür einsetzen, um Vertrauen zu werben. Denn eine solche negative Grundhaltung findet sich in der Kundschaft unserer Mitglieder, rund 8 Millionen Bürgerinnen und Bürger, nicht."

Wofür werden Sie inhaltlich werben?

Dr. Helge Lach: "Längst bieten die Mitglieder unseres Verbandes, und das mit großem Erfolg, ihren Kunden aktienbasierte Altersvorsorgeprodukte an. Seien es fondsgebundene Policen oder Fondssparpläne. Das Gleiche gilt für die Vorsorge und Vermögensbildung mit Immobilien, bei denen wir die Finanzierung auf die Beine stellen. Zunehmend fragen Kunden auch nach einer Anlage in Gold. Wir beweisen also tagtäglich tausendfach, dass die Bürger gemeinsam mit der privaten Finanzwirtschaft ganz ohne Staat in der Lage sind, die Altersvorsorge weg vom zins- hin zum aktienbasierten Sparen sowie zu alternativen Anlagen zu überführen."

Ihr direkter Draht ...



0211/6698-164

Fax: 0211/6698-777

e-mail: kmi@kmi-verlag.de

... für den vertraulichen Kontakt

Impressum

markt intern Verlagsgruppe – **kapital-markt intern** Verlag GmbH, Grafenberger Allee 337a, D-40235 Düsseldorf. Tel.: +49 (0)211 6698 199, Fax: +49 (0)211 6698 777. www.kmi-verlag.de. Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günter Weber. Gerichtsstand Düsseldorf. Handelsregister HRB 71651. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

kapital-markt intern Herausgeber: Dipl.-Ing. Günter Weber. Chefredakteur: Redaktionsdirektor Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Redaktionsdirektor Rechtsanwalt Gerrit Weber. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prüm, Christian Prüßing M.A., Dipl.-Oec. Curt Jürgen Wulle. Druck: Theodor Gruda, www.gruda.de. ISSN 0173-3516

Anstelle staatlicher Lösungen werben wir deshalb dafür, diesen sehr positiven Trend politisch zu fördern, und nicht durch Staatsfonds abrupt zu brechen. Unser Vorschlag ist, zum Beispiel ab dem 60. Lebensjahr einen einmaligen Freibetrag z. B. in Höhe von 50.000€ auf Kursgewinne und nicht ausgeschüttete Dividenden zu erhalten. Das würde immens dazu motivieren, das Geld nicht auf dem Konto zu lassen, sondern zumindest teilweise mit Aktien für das Alter vorzusorgen.

Wofür wir auch werben werden: Die Politik will das Thema nachhaltige Geldanlagen durchsetzen und verpflichtet dafür die Vermittler ab August 2022 dazu, Kunden obligatorisch anzusprechen. Schon jetzt lassen sich unsere Mitglieder dafür qualifizieren, denn das Thema erklärt sich nicht von selbst. Die Politik sollte sehen, dass die Vermittler wieder einmal den politischen Willen in die Bevölkerung tragen. Wir wissen, dass es Wunschenken ist: Aber eigentlich müsste es für diese Arbeit mehr und nicht weniger Vergütung geben."

Hat die Provision aus Sicht des BDV langfristig eine Zukunft?

Dr. Helge Lach: "Die Antwort auf diese Frage ist untrennbar verbunden mit der Frage: Gibt es zukünftig für breite Bevölkerungskreise noch Beratung, wenn es um Finanzen und Vorsorge geht?

Dass **Bündnis 90 / Die Grünen** Provisionen abschaffen und die SPD sie kappen wollen, ist bekannt. Und mit Staatsfonds werden Fakten geschaffen: Denn wenn Altersvorsorge insgesamt fast nur noch per Obligatorium stattfindet, bedarfes dazu auch keiner Beratung und Vermittlung mehr. Der Kreis schließt sich. Was offensichtlich vergessen wird: Die damit wegfallenden Einnahmen würden auch die Einkommensmöglichkeiten der Honorarberater empfindlich treffen.

Eine generelle Abschaffung von Provisionen würde zudem auch ganz andere Bereiche außerhalb der Altersvorsorge treffen. Wir stellen der Politik die Frage nach der Alternative für die Bürger. Die Beratung über einen angestellten Außendienst ist vergleichsweise teurer und unterliegt erheblichen rechtlichen Einschränkungen, was den Kundenservice angeht. Denn Selbständige achten im Regelfall mehr auf die Kosten und sind produktiver als Angestellte. Und sie haben die Möglichkeit, frei von rechtlichen Einschränkungen ihren Kunden auch am Abend oder am Wochenende zu helfen.

Auch die Honorarberatung käme die Bürger am Ende teurer, allein schon, weil ein Honorar umsatzsteuerpflichtig ist. Und ein Honorarberater muss genauso seine Kosten decken und wird keinerlei Zuwendungen von den Anbietern annehmen dürfen. Die Entwicklung in Großbritannien zeigt: Kostendeckende Honorare können sich dann aber nur Menschen leisten, die größere Summen bewegen wollen, da dann ein Honorar von z. B. 1.000 € relativ nicht mehr die Rolle spielt. Wenn hingegen ein Berufseinsteiger, der 50 € im Monat investieren will, für die Beratung einige hundert Euro Honorar bezahlen muss, wird Honorarberatung nicht stattfinden.

Die Alternativen sind: Das Geld ausgeben oder Nichts tun – also das Geld mit jährlichem Wertverlust auf dem Girokonto belassen. Oder im Internet kaufen. Entweder mit Mausclick per 'Execution Only'. Im Zweifel wird dann das Produkt mit der besten Bannerwerbung gekauft, ganz ohne jeden Verbraucherschutz. Ob das dem Bedarf des Kunden entspricht, ob der Vertrag richtig dimensioniert ist und ob nicht ein anderes Produkt viel sinnvoller gewesen wäre, bleibt unbeantwortet. Werden alternativ digitale Makler mit Telefonservice in Anspruch genommen, können auch die sich heute nur finanzieren, weil sie für die Vermittlung Provisionen bekommen."

Herr Bohl, welche Empfehlung geben Sie Ihrem Nachfolger für dessen weiteren beruflichen Weg?

Friedrich Bohl: "Er ist schon auf einem sehr, sehr guten Weg. Aber manchmal muss er vielleicht noch ein bisschen geduldiger werden. Aber ein wenig Ungeduld braucht man wiederum auch, damit man was bewegt."

Seit 1963 sind Sie Mitglied der CDU, im Jahr 1998 haben Sie einen Epochenwechsel mit dem Abtritt von Helmut Kohl nach 16 Jahren Kanzlerschaft hautnah miterlebt. Was sollte Ihre Partei beherzigen, damit sie nach der vergleichbar langen Ära Angela Merkel wieder regierungsfähig wird?

Friedrich Bohl: "Schlicht und einfach: Geschlossenheit und Kameradschaft!"

Auf was freuen Sie sich, Herr Bohl, nach Ablegung aller beruflichen Aufgaben nun ganz besonders?

Friedrich Bohl: "Wir haben zehn Enkel. Die zu bespaßen wird mir viel Freude bereiten!"

Für das Interview danken wir Ihnen beiden ganz herzlich. Herr Bohl, wir wünschen Ihnen einen gesunden, erfüllten und möglichst langen wohlverdienten Ruhestand. Bleiben Sie gesund! Und wir freuen uns, wenn Sie auch zukünftig die Belange unserer Branche im Auge behalten und ihr als Ratgeber erhalten bleiben.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

steuerberater intern
immobilien intern
umsatzsteuer intern
Ihr Steuerberater
steuer-tip GmbH intern
EXCLUSIV (Schweiz)



Bank intern
kapital-markt intern
finanz-tip
versicherungstip
investment intern
inside track (USA)